

MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

11 / 2009

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

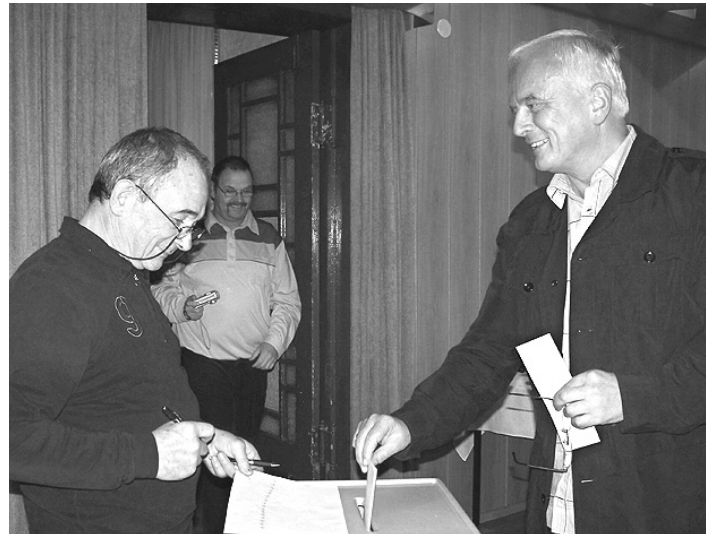
Nach der Wahl – schon wieder vor der Wahl!

Mit welchem Kandidaten geht DIE LINKE im Kreis Spree-Neiße in die Landratswahl?

Der oft zitierte Spruch wirft in unserem Landkreis keinen langen, sondern einen kurzen Schatten. Im Januar nächsten Jahres, konkret am 10. Januar, wählen die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Spree-Neiße ihren neuen Landrat. Entsprechend der neuen Kommunalverfassung des Landes Brandenburg ist dies erstmalig durch eine Direktwahl möglich. DIE LINKE im Kreistag hat sich auf ihrer Klausurtagung Anfang Oktober d.J. zu dieser Problematik verständigt. Von der Kreistagsfraktion erging an den Kreisverband Lausitz die Empfehlung, den Fraktionschef der Kreistagsfraktion, Diethelm Pagel, als Kandidaten zu benennen. Entscheidend jedoch war die Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes, auf der das Votum für den Kandidaten erfolgte. **Tassilo Schulz, Geschäftsführer der Kreistagsfraktion**

Diethelm Pagel mit großer Mehrheit zum Kandidaten für die Landratswahl gewählt

Am 30.10.09 fand in Spremberg eine Mitgliederversammlung der LINKEN Kreisverband der Lausitz statt. Anliegen dieser Mitgliederversammlung war die Wahl eines Landratskandidaten für die im Januar stattfindende Direktwahl des Landrates. Diethelm Pagel (57) wurde mit 84 von 87 Stimmen zum Landratskandidaten für die Wahl am 10.01. 2010 gewählt. Diethelm Pagel (*im Foto rechts*) möchte



mit allen demokratischen Kräften des Landkreises die Politik berechenbarer, ökologischer, sozialer und transparenter gestalten.

Unter anderem sprach er sich für eine abgestimmte Wirtschaftsförderung im gesamten Spree-Neiße-Kreis, für eine qualifizierte Sozialarbeit an Schulen und eine gute Zusammenarbeit mit den angrenzenden Nachbarn wie z. B. mit Cottbus und der polnischen Nachbarregion aus. Weiterhin will sich Diethelm Pagel für eine beitragsfreie Schülerbeförderung und für eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung im Landkreis einsetzen. Besonders liegt unserem Kandidaten eine transparente und bürgernahe Verwaltung des Landkreises Spree-Neiße am Herzen, die sich als Dienstleister für den Bürger versteht.

Ich bin der Meinung, dass Diethelm Pagel am 10.01.10 die richtige Wahl für jeden Bürger unseres Landkreises ist und gebe ihm meine Stimme – tun Sie es auch!

Robert Otto, DIE LINKE

Koalition der sozialen Spaltung, Trickereien und neoliberalen Entstaatlichung

24.10.2009, Pressemitteilung von Gregor Gysi



»Schwarz-Gelb ist eine Koalition der sozialen Spaltung, Trickereien und neoliberalen Entstaatlichung«, erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi,

zur Koalitionseinigung von CDU/CSU und FDP. »Mit dieser Koalition gewinnt das Land keine Zukunft. CDU/CSU und FDP verweigern eine gerechte Verteilung der Krisenkosten genauso wie entscheidende Weichenstellungen, um künftige Krisen zu verhindern.«

Gysi weiter: »Der Weg der Privatisierung sozialer Risiken wird fortgesetzt und verschärft. Entsolidarisierung wird zur Staatsräson des schwarz-gelb regierten Deutschland. Die Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Sozialversicherung wird endgültig aufgegeben, die unselige Kopfpauschale eingeführt. Ausgabensteigerungen bei Gesundheit und Pflege werden künftig von den Versicherten vollkommen allein getragen. Wer arm ist, hat von dieser Koalition weitere Drangsalierung und Leistungskürzungen zu erwarten.

► S. 2

Schorschels Stadtgeflüster

Ha, ha – ein Gespenst geht um in Deutschland, das Gespenst von Rot-Rot in Brandenburg! Wir, liebe MB-Leser, haben aber alle keine Angst vor Gespenstern, deshalb erst einmal Hallöchen.

Die Lehrstunde in bundesdeutscher Demokratie, die wir zurzeit alle erleben können, finde ich klasse. Demokratisch ist es, mit der CDU zu koalieren, und wer das nicht will und sich für eine andere Möglichkeit entscheidet, ist ein Verräter (aber Frau Professor!) und gleichzeitig eine Schande für unser Land (mein lieber Schwabe!!!). Lobenswert auch der völlig überraschende Fleiß meiner Lieblingskommentatoren der Märkisch-Lausitzer-Pressewelt (»Johann und Heinrich mir graut vor euch!«) ein Weltuntergangs-Szenario für Brandenburg heraufzubeschwören, das passt so richtig zu Halloween. Den Nachwuchs-Westerwellchen aus dem Spree-Neiße-Kreis, die unbedingt am Reformationstag »95 Thesen...« an die Rathaustüren hämmern wollten, empfehle ich, vielleicht reicht schon **eine These für uns alle:** »Mehr Demokratie wagen«. Wagen sollten wir auch, unseren neuen Marktplatz in Besitz zu nehmen, aber richtig! Denkt daran, die besten Taxifahrer Deutschlands kommen aus Potsdam, lasst nicht zu, dass die dümmsten Autofahrer aus Forst kommen! Die Verkehrsschilder am Markt sind eindeutig, also haltet euch daran.

Euer *Schorschel*

+++ Kurzinfo +++

zur Arbeit der Kreistagsfraktion

Konsequent sozial – auch nach der Wahl

war der rote Faden für die turnusmäßige Klausur der Kreistagsfraktion des Landkreises Spree-Neiße. Als Gast war die Jugendamtsleiterin der Kreisverwaltung Spree-Neiße, Frau Kerstin Schulz, anwesend.

Im Mittelpunkt der Tagung standen Fragen aus dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, die Sanktionierung von Familien mit Kindern nach SGB II (Hartz IV) und Möglichkeiten sowie Grenzen einer Sozialraumanalyse im Landkreis.

Ausführliche Informationen dazu finden Sie unter www.dielinke-lausitz.de/partei/ov_forst.

Koalition der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Nur Bestverdiener, Vermögende und Unternehmen bekommen wirklich mehr Netto vom Brutto. Schwarz-Gelb fängt wie die Schwarz-Roten Mehrwertsteuererhöher für die kleinen Leute mit einem großen Wahlbetrug an.

Dort, wo wie beim Kindergeld oder beim Schonvermögen Leistungen verbessert werden, gehen große Gruppen leer aus. Kinder aus Hartz-IV-Familien, die höhere Sätze für ein menschenwürdiges Leben am meisten bräuchten, bleiben bei CDU/CSU und FDP außen vor. Und den anderen wird das Geld mit steigenden Müll-, Abwasser- und Postgebühren und mit Belastungen bei der Gesundheits- und Pflegeversicherung gleich wieder aus der Tasche gezogen.

Der Staat spielt für Union und FDP nur dort eine Rolle, wo es darum geht, die Bürgerrechte einzuschränken. Sonst wird er so weit zurückgeschnitten und finanziell ausgetrocknet, wie es irgend geht – ganz so, als würde es die Krise

nicht geben. Notwendige Mehrausgaben für die Stabilisierung der Sozialversicherungen sollen in Schattenhaushalte verschoben werden, statt mit höheren Steuern auf Gewinne und Vermögen für eine Gegenfinanzierung zu sorgen. Was für die Rolle des Staates gilt, zeigt sich auch bei Atomenergie, Mindestlohn, oder Bahnprivatisierung – überall macht die Koalition die Politik von vorgestern.

Im Kabinett gibt es darüber hinaus außer Frau Merkel keine Ostdeutsche und keinen Ostdeutschen. Sollte Herr Ramsauer ernsthaft der Ostbeauftragte werden? Wer den Osten und andere strukturschwache Regionen vernachlässigt und benachteiligt, zieht ganz Deutschland nach unten.«

Spruch des Monats

»Wer viel verspricht
vergisst auch viel.«

Thomas Fuller

Rot-Rote Koalition in Brandenburg – Neuland und Herausforderung Der Weg ist das Ziel!



Dieser sehr philosophische Ausspruch wurde schon oft als Zitat bemüht, hat er doch einen tiefen Sinn. Wege sind wichtig, sonst kommt man nicht zum gewünschten Ziel.

Sie haben aber auch ihre Tücken, unendlich lang können sie sein, holprig mit vielen Schlaglöchern. Sie haben Kreuzungen, an denen man sich immer wieder neu entscheiden muss. Aber auch Sackgassen, Einbahnstraßen oder auch gesperrte Straßen und Umleitungen können uns begegnen.

Als Linke in Brandenburg stehen wir jetzt an einer Kreuzung, an der wir uns entscheiden müssen, in welche Richtung wir gehen. Dabei wissen wir nicht, welcher Weg uns am schnellsten zum Ziel führt.

So kann und muss man die Regionalkonferenz einordnen, auf der wir gemeinsam uns eine Meinung zum vorliegenden Koalitionsvertrag gebildet haben.

Zugegeben, es wurde ein ungeheures Tempo angeschlagen, und dabei keine Genossin und keinen Genossen auf diesem Weg zurückzulassen, ist nicht einfach. Die Regionalkonferenz am 29.10.2009 in Cottbus war eine von vier Konferenzen, auf der die Mitglieder die Möglichkeit hatten, ihre Fragen zu stellen und Meinungen zu äußern. Fast alle Mitglieder der Verhandlungsgruppe der LINKEN sowie die vier für einen Ministerposten vorgeschlagenen Genossinnen

und Genossen waren anwesend und standen uns Rede und Antwort.

Grundlage für die Verhandlungsgruppe bildeten die 15 Schlüsselvorhaben aus dem Landtagswahlprogramm. Eine Reihe dieser Vorhaben sind im Koalitionsvertrag enthalten. Die Braunkohleförderung spielte dabei eine große Rolle in der Diskussion. Verständlich!

Die Formulierungen zur Energiepolitik gingen einigen Kritikern nicht weit genug. Das Bekenntnis, keine Umsiedlungen, keine neuen Tagebaue in Brandenburg, fehlt.

Sicher, so deutlich steht das nicht im Vertrag.

Wenn man diesen Vertrag aber genau liest, sollte man immer bedenken, in einem Vertrag, der für fünf Jahre gilt, benennt manche Formulierung nicht immer genau das Ziel. Aber ein Weg dorthin wird aufgezeigt. Ein Weg, der an bestimmten Stellen genau unser Schrittmäß hat und auf manchen Gebieten von uns mit kleinen Schritten begangen wird, der uns aber immer das Ziel im Auge behalten lässt.

Der Landesparteitag hat am 04.11.09 die Annahme des Koalitionsvertrages beschlossen. Damit begehen wir einen Weg, der holprig und bestimmt nicht einfach ist, der aber große Chancen bietet. Lesen Sie selbst nach. Der Koalitionsvertrag ist zu finden unter: www.dielinke-brandenburg.de/politik/aktuell/ oder holen Sie sich ein Exemplar bzw. eine Kurzfassung in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22.

Anke Schwarzenberg, Ortsvorsitzende



Die urologische Versorgung in Forst wird immer mehr zu einem öffentlichen Schauspiel. Seit April warten die betroffenen Patienten auf die Eröffnung der Praxis von Herrn Vatter.

Inzwischen ist dies keine öffentliche Debatte mehr, sondern ein Possenspiel ohne Gleichen auf dem Rücken der Patienten. Es ist schon erstaunlich, wenn eine Arztpraxis kurz vor Vertragsunterzeichnung plötzlich von einer Vereinbarung zurücktritt und die Eröffnung einer urologischen Praxis weiter verzögert wird. Offensichtlich wird hier mit unsauberen Tricks gearbeitet, was leider nur schwer zu beweisen ist. Verantwortlich will niemand sein, und mancher kann es nicht. Ich bin im Juli 2009 durch die Stadtverordnetenversammlung zum Mitglied des Aufsichtsrates im Krankenhaus gewählt worden, kann aber dieses Mandat noch immer nicht ausüben! Der Herr Bürgermeister hat es innerhalb von vier Monaten noch immer nicht geschafft, den neuen Gesellschaftervertrag und die neue Zusammensetzung des Aufsichtsrates ins Handelsregister eintragen zu lassen. Mehrere Nachfragen blieben ohne Antwort.

Die unendliche Geschichte

Die Stadt ist Besitzer des Krankenhauses und der Bürgermeister der verantwortliche Vertreter. Verantwortung ist nicht teilbar, sie muss wahrgenommen werden. Im Krankenhaus stapeln sich die Probleme. Die Anzahl der Ärzte wird geringer, die Tarifverträge der Mitarbeiter laufen Anfang 2010 aus und die Entwicklung des Gesundheitswesens in Deutschland stellt das Krankenhaus vor erhebliche wirtschaftliche Herausforderungen. Wenn Forst in fünf Jahren noch ein funktionierendes Krankenhaus haben soll, müssen Entscheidungen zügig vorgebracht werden. Dazu bedarf es konkreter Vorschläge der Geschäftsführung unter Mithilfe des medizinischen Fachpersonals und einer starken Arbeitnehmervertretung, welche die Interessen des Personals offensiv vertritt. Die Realität sieht aber auf allen Gebieten eher dürrig aus. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen ist ein Krankenhaus nicht nur nach rein wirtschaftlichen Kriterien zu führen. Im Mittelpunkt des Handelns muss die medizinische Versorgung stehen. Zuerst kommen die Patienten, dann die wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und erst danach die

persönlichen Interessen der Ärzte. Dieser Grundsatz ist aber schwer durchzuhalten. Ärzte sind bekanntlich knapp, und die Abteilungen des Krankenhauses sind zu allererst von ihnen abhängig. Ein eigener Tarifvertrag sichert ihnen eine ordentliche Bezahlung, die dann an anderer Stelle z.B. beim Pflegepersonal eingespart werden muss, denn in die Kassen des Krankenhauses fließt nicht mehr Geld. Die Regeln des deutschen Gesundheitssystems kennen eben nur noch medizinische Fälle und keine Patienten. Deshalb wird der stationäre Aufenthalt auf ein Minimum reduziert und der Patient schnellstmöglich entlassen. Damit schließt sich dann der Kreis, und wir sind wieder beim Anfang dieses Artikels. Patienten mit kurzen Krankenhausaufenthalten bedürfen einer umfangreicheren ambulanten Betreuung, und damit sind wir wieder bei der unendlichen Geschichte. Diese nun zu beenden, ist Chefsache, werter Herr Bürgermeister!

*Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst*

Gut gemacht!

Die Wahlen liegen hinter uns. Nun können wir endlich Luft holen, zurückblicken und sagen: Unser Kampf hat sich gelohnt. Wir haben eine anstrengende, kräftezehrende Aufgabe mit großem Erfolg bewältigt.

Die Gleichzeitigkeit von Bundestags- und Landtagswahlen war eine große Herausforderung. Wir konnten unsere Kräfte selbstverständlich nicht teilen, wir mussten sie verdoppeln. Doch anders als die SPD verfügten wir nicht über die finanziellen Mittel für Großveranstaltungen mit Freibier. Anders als andere Parteien haben wir unsere Plakate mit viel Idealismus an die Laternen gebracht und nicht mit der bezahlten Hilfe von Werbeunternehmen. Anders als andere Kandidaten genossen wir nicht die allzeit wohlwollende Unterstützung der regionalen und überregionalen Medien.

Wir waren auf uns selbst angewiesen und wir haben damit Erfolg bei den Wählerinnen und Wählern gehabt. Unsere Wahlwerbung stützte sich auf viele kleine Veranstaltungen, auf die fleißigen Betreuer der Infostände und auf die politische Arbeit der Genossinnen und Genossen vor Ort. Wir haben nicht auf politische Reklame vertraut, sondern die persönliche Begegnung mit den Menschen gesucht. Während die anderen Parteien auf große laute Paukenschläge setzten, haben wir mit unseren vielen kleinen Aktionen eher die Gespräche zwischen den Menschen befördert. So haben wir unsere politische Botschaft erfolgreich vermittelt: Je stärker die LINKE, desto sozialer das Land. In Brandenburg haben wir uns in den Landtagswahlen auf hohem Niveau be-

hauptet. Jürgen Maresch holte aus dem Stand ein Direktmandat. Alle unsere regionalen Kandidaten, ob letztlich erfolgreich oder nicht, haben beachtliche Ergebnisse erzielt. DIE LINKE hat auch ein Stück Wahlgeschichte geschrieben: Denn noch nie hatten unsere Kandidaten in Bundestagswahlen ein Direktmandat außerhalb von Berlin errungen. Nun haben wir ganze 16 Direktmandate bundesweit gewonnen, eines davon in unserem Wahlkreis. In Brandenburg wurden wir die stärkste Kraft in den Bundestagswahlen.

In der ganzen Bundesrepublik haben wir bedeutende Zugewinne zu verzeichnen. DIE LINKE wird im 17. Bundestag eine starke Kraft links von der SPD sein. Wir werden der schwarz-gelben Regierung den nötigen Widerstand entgegensetzen. Wir werden auch die Gelegenheit nutzen, den Sozialdemokraten in der Opposition die Grundlagen sozialdemokratischer Politik wieder nahezubringen.

Doch das betrifft die Zukunft. In diesen Tagen dürfen wir zunächst auf die jüngere Vergangenheit blicken und stolz auf uns sein: Unter schwierigsten Ausgangsbedingungen haben wir große Erfolge erzielt. Es sind dies nicht allein die Erfolge der Kandidaten, sondern die aller Menschen, die dafür gearbeitet haben, dass diese Erfolge möglich wurden. Ich danke allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für die viele harte Arbeit, die sie im Wahlkampf mit Kopf und Hand geleistet haben. Das haben wir gut gemacht. *Euer Wolfgang Nešković*



AG Soziales – DIE LINKE

Am 7. Oktober traf sich die AG Soziales zu ihrem monatlichen Treffen, um das Gesundheitsforum auszuwerten und die Arbeitsschwerpunkte für das erste Halbjahr 2010 festzulegen.

Das Gesundheitsforum wurde insgesamt als gelungen bewertet, einzelne Kritikpunkte wurden aufgegriffen und diskutiert. Sie sollen in der nächsten Veranstaltung abgestellt werden, um das erreichte Niveau zu halten oder noch zu erhöhen.

Als Arbeitsschwerpunkte für das erste Halbjahr 2010 wurden folgende Themen bestimmt:

- 1. Wie barrierefrei ist die Stadt Forst wirklich?**
- 2. Krankheit Sucht – Information zu diesem Thema durch die Suchtberatung »Tannenhof«**

Wer mit in der AG an diesen Themen arbeiten möchte, ist recht herzlich willkommen. Die nächste Sitzung der AG Soziales findet am 11.11.2009 um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22, in Forst statt.

A. Beckmann

Ihre Stimme für einen Stopp der Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende

Unterzeichnen Sie den Aufruf für ein Sanktionsmoratorium und werben Sie dafür! Infos zum Bündnis für ein Sanktionsmoratorium, zu Unterschriftsmöglichkeiten und zu Hartz-IV-Sanktionen finden Sie unter www.sanktionsmoratorium.de oder in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22 in Forst.

Newsletter

Bereits die Speicherung der Daten ist das Problem

Zur Koalitionseinigung der FDP mit der CDU/CSU zum Umgang mit den auf Vorrat gespeicherten Telekommunikationsdaten erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

Die Telekommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger werden verdachtsunabhängig erfasst und auf Vorrat gespeichert. Bereits das stellt den Rechtsstaat auf den Kopf. Daran ändert auch die Koalitionsvereinbarung nichts. Ob und wie diese Unmengen an Daten dann auch noch ge- oder missbraucht werden, ist eine nachgeordnete Frage. Der Datenschutz und die Unschuldsvermutung nehmen in jedem Fall mit Vorsatz Schaden.

Berlin, den 17. Oktober 2009

Merkel darf in den USA nicht die Entsendung weiterer Soldaten zusagen

»Angela Merkel darf dem US-Präsidenten nicht die Entsendung weiterer deutscher Soldaten nach Afghanistan zusagen«, fordert Wolfgang Gehrcke, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss, zur bevorstehenden Reise der Kanzlerin in die USA. »Mit

ihrer Rede am 3. November vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses wie auch beim Treffen mit US-Präsident Obama darf die Kanzlerin den Bundestag nicht vor vollendete Tatsachen stellen.« Gehrcke weiter: »Mit Kanzlerreisen in die Vereinigten Staaten gibt es schlechte Erfahrungen. Schröder und Fischer fuhren, noch bevor sie Kanzler und Vizekanzler wurden, in die USA. Sie gaben dort die Zusage, dass Deutschland sich am Krieg gegen Jugoslawien beteiligen wird, ehe der Bundestag darüber entscheiden konnte. Miese Geschichte und schlechter Stil sollten sich nicht wiederholen. DIE LINKE wird im Bundestag den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan beantragen.«
01.11.2009 – Wolfgang Gehrcke

Konzepte von gestern ungeeignet für die Lösung der Probleme von morgen

DIE LINKE fordert vom neuen Arbeitsminister eine ehrliche Arbeitsmarktstatistik ohne Tricks und Schönfärberei. DIE LINKE hat auch im Oktober nachgerechnet: Die tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 4,49 Millionen deutlich höher, als die offiziell verkündete.

Um die Krise auf dem Arbeitsmarkt abzufedern, fordert DIE LINKE eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 36 Monate und des Arbeitslosengeldes I für alle Anspruchsberechtigten auf 24 Monate. DIE LINKE fordert die Abschaffung der arbeitsmarktpolitisch widersinnigen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

29.10.2009 – Pressemitteilung – Dietmar Bartsch

PINNWAND

Termine

(jeweils 18:30 Uhr
in der Geschäftsstelle Berliner Str. 22)

Di., 17.11.: Sitzung Stadtfraktion
Di., 24.11.: Ortsvorstandssitzung
Di., 01.12.: Sitzung Stadtfraktion
Mo., 07.12.: AG »Malxe-Blatt«

Es eilt!

Jedes Volk bekommt angeblich immer die Regierung, die es verdient. Es wird nur langsam höchste Zeit, dass auch jede Regierung vom Volk bekommt, was sie verdient. **Werner Lutz**

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät am **23.11. und 7.12.**, ab 10 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.

Liebe Tante

Mit der neuen Regierung ist es wie mit der Tante, die Alzheimer hat: Sie denkt nie an mich – obwohl ich oft an sie denke und hoffe, dass ihr Zustand nicht mehr allzu lang dauert.

Traumdeutung

Zählen Alpträume eigentlich auch zu den Träumen? Dann war der Wahlausgang ja ein Traumergebnis. **DW**

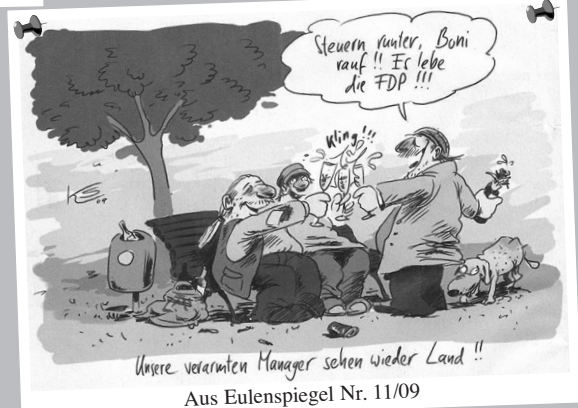
Unterschied

Der Hauptunterschied zwischen Michael Jackson und der Thüringer SPD: Jackson war gesund, als er starb. **OL**

Geburtstage

15.11.: 97 Jahre, Willi Jühr
04.12.: 69 Jahre, Siegfried Schneider
05.12.: 64 Jahre, Renate Flemmig
07.12.: 97 Jahre, Klara Kitzing
07.12.: 86 Jahre, Johanna Eitner
07.12.: 67 Jahre, Dietrich Richter
09.12.: 83 Jahre, Hans Gebauer

*Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren,
auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*



Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.